

# KURZWahlPROGRAMM der Bürgerbewegung PRO NRW zur Landtagswahl 2012

-- ENTWURF --- ENTWURF --- ENTWURF --- ENTWURF --- ENTWURF --- ENTWURF --

## PRÄAMBEL

Das Ende der rot-grünen Landesregierung unter der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dokumentiert die tiefe Krise von Parteienstaat und Parlamentarismus. Es hat sich gezeigt, **dass alle bisher im Landtag vertretenen Parteien nicht in der Lage sind, lösungsorientiert zum Wohle des Landes und seiner Bürger zu arbeiten.** In den Parlamenten kommt es nicht mehr zu demokratischen Entscheidungsprozessen. Vielmehr bestimmen Fraktionszwang und Lobbyinteressen das Handeln der Abgeordneten. **Die BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW fordert deshalb ein neues Demokratieverständnis.** In den Entscheidungsprozessen darf es nicht mehr zuerst um Parteiräson gehen, sondern um Sachfragen. Statt starrer Koalitionsmehrheiten müssen gewählte Abgeordnete und vor allem eine Landesregierung als dem Wohl aller verpflichtete Institution auch in der Lage sein, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren. **Unser Land benötigt eine neue Streit- und Diskussionskultur.** PRO NRW hat bereits in zahlreichen kommunalen Vertretungen des Landes gezeigt, dass Bürgerinteressen vor Parteiinteressen gehen.

Eine neue politische Kultur heißt auch: Parteien müssen wieder klarer herausarbeiten, wofür sie stehen. Wahlprogramme und Wahlaussagen der Altparteien sind in der Regel ebenso lang und detailliert wie unverbindlich. Nach der Wahl sind die Grundsätze in der Regel vergessen. Ganz im Gegensatz dazu stehen die meist inhaltsleeren Wahlslogans. **Das Kurzwahlprogramm der BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW soll eine klare Richtungsvorgabe sein, das einige wichtige Bereiche umreißt.** Wer klare Grundsätze formuliert, ist berechenbarer als Parteien, die sich bereits im Vorfeld einer Legislaturperiode in Detailfragen verstricken und von denen der Bürger am Ende gar nicht mehr weiß, wofür sie stehen. Das Grundgesetz verpflichtet die Parteien, „am Willensbildungsprozess des Volkes teilzunehmen“. Deshalb bezieht PRO NRW zu allen landespolitischen Tagesproblemen regelmäßig Stellung und bietet Antworten.

## I. MEHR DEMOKRATIE WAGEN

**Die BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW steht für mehr Demokratie im Land.** Für die Arbeit in den Parlamenten heißt das:

- Jede Art von Fraktionszwang darf nicht nur theoretisch verboten sein, sondern muss auch tatsächlich sanktioniert werden.
- Bei Entscheidungsprozessen muss es stets um die Sache gehen. Wechselnde Mehrheiten bezeichnen keinen Mangel, sondern die Lebendigkeit von Demokratie.
- Der Einfluss von Lobbyorganisationen auf die Politik im Landesparlament muss durch eine entsprechende Selbstverpflichtung beendet werden. Dabei ist es ganz egal, ob es um die finanziellen Interessen der Hersteller erneuerbarer Energien, der Großindustrie, der Asylobby oder anderen Interessen geht. **Jede politische Entscheidung muss allein davon abhängen, ob sie den Bürgern nutzt oder schadet.**
- Die Verflechtungen zwischen Parteien und Verwaltung muss ebenso beendet werden, wie der Einfluss der Parteien auf die Medienberichterstattung der Öffentlich Rechtlichen

Rundfunk- und Fernsehanstalten. **Posten dürfen nicht nach Parteibuch, sondern nach Leistung vergeben werden.**

- Verantwortliche Politiker sollten auch Verantwortung zeigen, wenn sie Fehlentscheidungen treffen. Deren Haftung ist aus diesem Grund eine unerlässliche Forderung.

Mehr Demokratie wagen heißt aber auch:

- Die Direktbeteiligung der Bürger muss endlich auf allen Ebenen erhöht werden. **Volksabstimmungen zu allen wichtigen politischen Fragen** müssen sich auf Landesebene zum notwendigen Korrektiv entwickeln.
- Die Voraussetzungen für solche Volksabstimmungen sollten sich am **Schweizer Modell** orientieren und vom neuen Landtag rasch verabschiedet werden.

## II. DEMOKRATIE VERTEIDIGEN HEIßT EXTREMISMUS STOPPEN

Das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung ist für die BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW nicht nur eine Formel. Wir erleben in diesen Tagen eine Bedrohung dieser Ordnung durch extremistische Strömungen, aber auch durch einen Demokratieabbau im Zuge der Schaffung eines europäischen Zentralstaates ohne wirkliche Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Bürger.

## III. KEINE PARALLELGESELLSCHAFTEN

**In einer Demokratie hat Meinungsfreiheit und Chancengleichheit der politischen Akteure zu herrschen.** Extremistische Ideologien werden dann zum Problem, wenn aus ihnen heraus Parallelgesellschaften entwickelt werden, in denen die Freiheitsrechte des Grundgesetzes nicht mehr gelten. **Die Aufgabe des Staates muss es sein, diese Parallelstrukturen zu zerschlagen.** Das gilt aber für alle totalitären Ideologien – für religiös und politisch motivierte. Im Rahmen des von den Altparteien einseitig organisierten und finanzierten „Kampfes gegen Rechts“ vermisst man nicht nur klare Definitionen und Rahmenbedingungen. Die angebliche Abwehr von Extremismus bedient sich dort extremistischer Mittel, wo sie die Integrität und Würde der Einzelnen verletzt und diese etwa aufgrund einer politischen oder religiösen Haltung stigmatisiert und aus der Zivilgesellschaft ausschließt. **Das Einsetzen für Demokratie darf, wie bei den Altparteien heute üblich, deshalb niemals einzelne Personen oder Personengruppen zurücksetzen und diskriminieren, sondern hat lediglich dafür zu sorgen, dass sich diese im Rahmen der gültigen Gesetze bewegen.**

## IV. FREIHEIT STATT ISLAM

**Der Islam stellt eine eminente Bedrohung für unsere Demokratie dar.** Seine auf den Koran fußende Weltsicht widerspricht fundamentalen Wertvorstellungen unseres Grundgesetzes. Insofern ist im Zuge der grundgesetzlich verbrieften Religionsfreiheit dafür zu sorgen, dass das persönliche Bekenntnis frei ist, die Einflussnahme auf Staat und demokratische Grundordnung aber unterbunden wird. Als grundlegende Probleme sind dabei folgende Punkte zu nennen:

- Die im Islam abgelehnte Trennung zwischen Staat und Kirche ist im Sinne der freiheitlichen Grundordnung inakzeptabel. **In Deutschland ist das Grundgesetz das Fundament des Staates und nicht die Scharia.**
- Die Rolle der Frau im Koran entspricht weder den grundlegenden Vorstellungen von der Würde des Menschen, noch den eines modernen, freiheitlichen Staates. **Dieser hat deshalb dafür zu sorgen, dass eine Diskriminierung der Frauen in islamisch geprägten gesellschaftlichen Strukturen unterbunden wird.**
- Ausdrucksformen der islamischen Welt wie archaische Familienstrukturen, Ehrenmorde, Beschneidung usw. widersprechen unsere Grundordnung. **Der Staat hat mit allen seinen Mitteln dafür zu sorgen, solche Entwicklungen massiv zu unterbinden.**
- Grundgesetzlich unzulässige Sonderheiten im Personalstandsrecht (etwa die versorgungsrechtliche Anerkennung der Mehrehe, die Benachteiligung von Mädchen im Erbrecht usw. dürfen nicht geduldet werden.
- Im Rahmen der Religionsfreiheit muss der Besuch von islamischen Gottesdiensten ermöglicht werden. PRO NRW lehnt aber Prunkmoscheebauten mit Namen von islamischen Eroberern ebenso ab wie durch die türkische Religionsbehörde kontrollierte Komplexe aus Gotteshäusern und Begegnungsstätten, auf die es keinen staatlichen Zugriff gibt.

## V. BEKÄMPFUNG DES EXTREMISMUS VON LINKS UND VON RECHTS

**Als freiheitliche Partei lehnt die BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW politischen Extremismus von links und von rechts ab.** Diese Ablehnung darf aber nicht bedeuten, dass Träger dieser Weltanschauung oder deren politische Formationen politisch benachteiligt oder durch staatliche Organisationen in ihren Grundrechten beschnitten werden dürfen, wie dies durch die Praxis heute üblich ist. In einer Demokratie entscheidet allein der Souverän über die Zusammensetzung der Parlamente und nicht die Parlamente selbst. **PRO NRW steht für einen demokratischen Weg, wie er seit 1848 mit liberalen und nationalen Strömungen verbunden ist.** Links- und rechtsextremistische Strömungen berufen sich auf die totalitären Staatsformen des 20. Jahrhunderts in Deutschland – auf die DDR und das Dritte Reich. Mit der überwiegenden Mehrheit des Volkes lehnt die BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW diese Modelle entschieden ab **und spricht sich für eine Staatsordnung mit Mehrparteiensystem, direkter Demokratie, für die uneingeschränkte Akzeptanz der Würde jedes Menschen und die Wahrung grundlegender Freiheitsrechte aus.**

Bekämpfung des Extremismus von links und rechts darf deshalb nur bedeuten, Parallelgesellschaften, in denen die demokratische Grundordnung nicht gilt, entschieden zu bekämpfen. Das gilt für links- wie für rechtsautonome Strukturen.

## VI. BEKÄMPFUNG DES EU-EXTREMISMUS

PRO NRW beobachtet mit Sorge die Entwicklung eines europäischen Einheitsstaates, der die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und die Einwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger einschränkt. Im Rahmen der Landespolitik wird der Landtag in Düsseldorf nur eine geringe Einwirkungsmöglichkeit auf diese Entwicklung haben. **Die BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW fordert jedoch dessen ungeachtet, dass sich Nordrhein-Westfalen für ein demokratisches und subsidiar strukturiertes Europa einsetzen muss, in dem nicht unkontrollierte EU-Kommissare und Lobbygruppen das Sagen haben, sondern die Bürger.**

## VII. INNERE SICHERHEIT HERSTELLEN

Die innere Sicherheit ist in Deutschland massiv gefährdet. In politisch oder religiös bestimmten Parallelgesellschaften gilt nicht mehr Recht und Gesetz. Die Bürger verspüren eine immer stärker werdende Unsicherheit und Angst. PRO NRW fordert deshalb:

- Der Rechtsstaat muss das Staatsmonopol in allen Bereichen durchsetzen. Weder darf es in islamischen Bezirken noch in linksautonomen Zentren oder rechtsextremen freien Kameradschaften einen Staat im Staate geben.
- Die Landespolizei muss endlich vom Staat angemessen ausgestattet werden, damit sie dafür sorgen kann, dass sich die Bürger frei bewegen.
- Im Vordergrund muss für den Bürger stets der Schutz der Bürger stehen.
- Innere Sicherheit kann nur durch einen Strafvollzug gewährleistet werden, der den Schutz der Bürger sicherstellt.
- Innere Sicherheit bedeutet aber auch, dass der Staat die Freiheitsrechte der Bürger achtet und nicht durch Telefonüberwachung, der Überwachung von Konten o.ä. weiter aushöhlt.

## VIII. WIRTSCHAFT UND SOZIALES

**Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes hat allein den Interessen der Bürger zu dienen und keinen Lobbyinteressen. Allein eine solche Politik ist sozial.** Die Schuldenpolitik der letzten Regierungen, ob nun SPD- oder CDU geführt, ist unverantwortlich und belastet die kommenden Generationen. Der o.g. Grundsatz zieht klare Forderungen nach sich:

- Die Geldverschwendung muss gestoppt werden. Nicht mehr finanzierbar sind Sozial- und Integrationsprogramme für Zuwanderer, die kein Interesse haben, sich zu integrieren. Das bedeutet: Für die ersten fünf Jahre sollten Migranten keine Sozialleistungen erhalten.
- Integration ist eine Bringschuld von Zuwanderern und darf nicht staatlich alimentiert werden.
- Der Umverteilungsstaat muss abgebaut werden und mit ihm Milliardensubventionen für ideologisch motivierte Projekte wie etwa die Subvention vom erneuerbaren Energien.
- Für eine wirtschaftliche Gesundung und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind nicht neue Regularien oder Bürokratie nötig, sondern ein Höchstmaß von Freiheit. Durch eine fatale Überregulierung und Gängelung durch staatliche Institutionen wandern jährlich die besten Köpfe ab. Das verhindert eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung.
- Statt staatlich subventionierter Klimaprojekte sollte sich die Wirtschaft besser auf den Klimawandel einstellen.
- Statt überbordende Bürokratie fordert PRO NRW einen klaren wirtschaftspolitischen Rahmen. **Weder ist der Steuerzahler dafür da, um marode Banken zu finanzieren noch bankrotte Volkswirtschaften im EU-Raum.**
- Das Ziel einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik muss Beschäftigung sein und nicht die Alimentierung von großen gesellschaftlichen Gruppen.
- Erst dann, wenn eine vernünftige Haushaltspolitik betrieben wird, werden genügend Mittel für soziale Absicherung von solchen Bürgern vorhanden sein, die keine Arbeit finden.
- PRO NRW fordert, **dass sich NRW im Rahmen seiner Möglichkeiten im Bundesrat für die Wiedereinführung der Deutschen Mark einsetzt.** Das währungspolitische Projekt zur Zwangsvereinigung völlig unterschiedlicher Volkswirtschaften ist gescheitert.

Der Euro ist nicht nur eine „kränkelnde Frühgeburt“ (Gerhard Schröder) sondern ein Koma-Patient ohne Aussicht auf Genesung.

## IX. SCHULE UND FAMILIE

**Als freiheitliche Partei fordert PRO NRW eine freiheitliche Familienpolitik, die den Willen der Eltern respektiert.** Es muss vor allem eine Wahlfreiheit vorhanden sein, ob sich die Eltern für eine eigene Betreuung der Kinder oder für eine Fremdbetreuung durch Kindertagesstätten und ähnlichen Einrichtungen entscheiden. Der Staat hat die Eltern weder in der einen Richtung noch in der anderen zu beeinflussen oder durch die Verwendung von Geldern zu dirigieren. Welche Mittel für eine solche Förderung vorhanden sind, hängt von der übrigen Haushaltsdisziplin ab. PRO NRW sagt ganz klar: **Wenn das Geld nicht in EU-Projekte, Auslandseinsätze der Bundeswehr oder sinnlose Integrationsbemühungen gesteckt würde, wäre auch genug Geld für die Familie da.** Dass in Deutschland Kinder aus sozialer Indikation abgetrieben werden müssen, ist ein unhaltbarer Zustand. In diesem Sinne versteht sich PRO NRW als Lebensschutzpartei und weist auf den Umstand hin, dass das Bundesverfassungsgericht an eine liberale Abtreibungspraxis die Maßgabe gestellt hat, dass sich die Abtreibungszahlen verringern. Da dies nicht der Fall ist, bedarf es in diesem Feld eines dringenden Handlungsbedarfes im Sinne des Lebensschutzes.

**Die Schulpolitik ist eines der letzten wirklichen Handlungsfelder des Landes.** NRW muss hier im Rahmen einer abgestimmten Politik mit den Bundesländern zu einer **größeren Vergleichbarkeit mit anderen Ländern** kommen. **Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Schüler bei einem Wechsel des Bundeslandes zum Teil chancenlos sind.**

- Deshalb ist die von der rot-grünen Landesregierung angestoßenen und von CDU und FDP gebilligten Entwicklung einer freien Profilbildung der Schulen auch abzulehnen. Wie im wirtschaftlichen Bereich bedarf es auch in der Bildungspolitik klarer Rahmenbedingungen und im untergeordneten Bereich weniger Bürokratie, um einen lebendigen Schul- und Studienbetrieb herzustellen.
- **Die BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW spricht sich als einzige Partei klar für das klassische dreigliedrige Schulwesen aus und lehnt jede Form der Einheitsschule ab.** Innerhalb dieses gegliederten und begabungsorientierten Schulwesens ist die am besten mögliche Förderung der Schüler möglich. Diese Bildungspolitik hat immerhin zum Aufstieg Deutschlands nach dem Krieg geführt. Das linke Konzept der Einheitsschule, das inzwischen auch von der CDU übernommen wurde, hat dagegen zur derzeitigen Bildungsmisere geführt.
- Was die Arbeit der Schulen angeht, so muss zukünftig wieder auf eine Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken und einem umfassenden Wissen Wert gelegt werden. Die Dominanz der Schulen durch Sozialpädagogen muss beendet werden. Während das Gymnasium zu einer wirklichen Hochschulreife führen muss, sollten auch Schüler in der Hauptschule wieder so ausgebildet werden, dass sie den Grundanforderungen von Handwerk und Industrie oder Dienstleistungsgewerbe genügen.
- PRO NRW steht für eine verlässliche Bildungspolitik und **lehnt Bildungsexperimente ab.**
- In den Schulen des Landes entwickelt sich ein immer größeres Problem hinsichtlich der kulturellen Verbindlichkeit. PRO NRW fordert deshalb, dass die deutsche Sprache die einzig verbindliche Sprache sein darf und Rücksichten auf integrationsunwillige Migranten zu unterbleiben haben.

Zum Schutz der deutsch sprechenden Schüler müssen solche Schüler ohne oder mit ungenügenden deutschen Sprachkenntnissen in gesonderten Klassen unterrichtet werden.

- Im Bereich der Hochschulpolitik lehnt PRO NRW die Hochschulpolitik im Rahmen des Bologna-Prozesses ab. Zu nennen ist hier u.a. die zunehmende Verschulung der universitären Ausbildung und ein daraus entstehender mangelnder Freiraum. Die Hochschulautonomie ist weder durch staatliche Eingriffe noch durch wirtschaftliche Lobbyinteressen einzuschränken. Forschung und Lehre muss frei bleiben. Die Finanzierung der Hochschulen muss durch den Staat gesichert sein. Studiengeld ist nur bei Überschreitung der Regelstudienzeit zu entrichten. Bewährte und hoch angesehene deutsche Studienabschlüsse wie der Dipl.Ing. dürfen nicht durch unbekannte internationale Graduierungen ersetzt werden.

## **X. EINWANDERUNGSPOLITIK**

Auch wenn die Einwanderungspolitik keine Landessache ist, hat sich die Landesregierung in Düsseldorf auf eine klare Haltung zu verpflichten, die nach Ansicht von PRO NRW durch folgende Maßgaben geprägt sein muss:

- Einwanderung darf keine Einwanderung in die sozialen Netze sein. Deutschland braucht klare Einwanderungsbestimmungen, wie in klassischen Einwanderungsländern. Einwandern darf nur der, der einen nützlichen Beitrag für das Einwanderungsland leisten kann.
- Soziale Leistung (s.o.) sind deshalb erst nach einer Aufenthaltsdauer von mindestens fünf Jahren zu gewähren.
- Wer politisch oder religiös verfolgt ist, genießt den Schutz des Staates. Abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent und rasch abgeschoben werden.
- Straffällig gewordene Migranten müssen konsequent und rasch abgeschoben werden.
- Integration und die Anerkennung unserer Grundordnung ist die unabdingbare Voraussetzung für die deutsche Staatsbürgerschaft.